

Lehrer

"Die Schulen haben das bravourös gelöst"

19. Dezember 2003 Zur Situation an den Frankfurter Schulen haben sich am Freitag der Gymnasialausschuß des Städtelternbeirats sowie, unabhängig dazu, das Staatliche Schulamt zu Wort gemeldet. Während das Elterngremium für das zweite Schulhalbjahr eine Verschlechterung der Unterrichtsabdeckung fürchtet, hob Schulamtsleiter Hans-Rolf Eifert hervor, solche Ängste seien weitgehend unbegründet: Die Unterrichtsabdeckung werde 97,2 Prozent betragen.

Hauptanliegen des Städtelternbeirats sei "die Kontinuität in der Lehrerversorgung", sagte die Vorsitzende des Gymnasialausschusses, Petra Goldmann-Böse. An den Frankfurter Gymnasien herrsche nach Informationen des Städtelternbeirates ein geschätzter Bedarf von 34 Vertretungsverträgen vom 1. Februar 2004 an. Das Staatliche Schulamt habe allerdings nur 14 Verträge geplant. Darunter seien sieben Vertretungen für Lehrerinnen in Elternzeit. Jürgen Sommer, im Schulamt als für die Zuweisungen an die Gymnasien zuständig, bestätigte die Zahl 14 am Freitag. Siegwart Eller, Mitglied des Gymnasialausschusses sagte, "jedes der 19 Frankfurter Gymnasien brauchte eigentlich zwei bis vier Lehrkräfte zusätzlich". Als "problematisch" bezeichnete er die Regelung, als Vertretungen kurzfristig Lehrer von anderen Schulen einzusetzen oder mitten im Schulhalbjahr die Lehrer zu wechseln: "Die ständigen Veränderungen in den Stundenplänen sorgen in den Klassen für Unruhe."

Die Schulen benötigten mehr Planungssicherheit und Zeit zur Erstellung der Stundenpläne: "Deshalb fordert der Elternbeirat vom Ministerium und vom Staatlichen Schulamt zu Beginn des Jahres Klarheit", sagte Eller. Im Schulamt herrscht nach Worten seines Leiters dagegen Erleichterung darüber, daß es gelungen sei, die vom 1. Januar an wirksame Erhöhung der Pflichtstundenzahl zu organisieren. Dies sei nicht zuletzt deshalb schwierig gewesen, weil zum Beispiel jede Teilzeitkraft habe gefragt werden müssen, ob sie mehr unterrichten oder bei Gehaltsverzicht den Status quo beibehalten wolle. Insgesamt könne durch die Mehrarbeitsverordnung mehr Unterricht gegeben werden, welcher dem Pensum von 42 Stellen entspreche. Von den derzeit 250 Vertretungskräften würden 80 Prozent weiterbeschäftigt. Fest neu eingestellt worden seien für die Gymnasien fünf, für Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen drei Kräfte. Eifert lobte die Schulleiter ("sie haben die Umsetzung bravourös gelöst") und mahnte die Eltern, in der Debatte um die Vertretungskräfte nicht falsche Akzente zu setzen, vor allem da, wo Protest mit dem Wunsch verbunden sei, den Kindern einzelne Personen zu erhalten: "Ein befristeter Vertrag hat es in sich, daß er ausläuft. Sinnvoller als für seine Verlängerung zu kämpfen wäre es, wenn sich alle dafür engagierten, daß die Regeleinrichtungen höher werden", sagte er. (hima./jv.)